

## **6. Ordentlicher Gewerkschaftskongress**

**Mittwoch, 11. Oktober 2017**

**Gemeinschaft. Macht. Zukunft**

**Grundsatzrede**

**Michael Vassiliadis**

**Vorsitzender der IG BCE**

**+++ SPERRFRIST 10:15 UHR +++**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestern habt Ihr mich als Vorsitzenden der IG BCE schon zum dritten Mal mit sehr viel Vertrauen ausgestattet.

Das freut und das ehrt mich natürlich sehr, aber ich verstehe das auch als einen großen Auftrag.

Denn ich bin davon überzeugt, dass wir vor einer neuen Qualität von Herausforderungen stehen.

Das gilt insbesondere für die **Globalisierung**.

Es ist offensichtlich, dass es dem weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystem an Stabilität mangelt.

Es ist genauso offensichtlich, dass die internationale Staatengemeinschaft und die internationalen Wirtschaftsorganisationen es an Ernsthaftigkeit und Konsequenz vermissen lassen, gegen diese Instabilität anzugehen.

Das kennen wir schon aus der Zeit vor und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Weder wurde der Kasino-Kapitalismus rechtzeitig gestoppt, noch die Krise danach ausreichend aufgearbeitet.

Sicher, heute gibt es immerhin Nachhaltigkeitsindizes, und auch Selbstverpflichtungen beim Klimaschutz gehören zum guten Ton verantwortlicher Unternehmen und Nationen.

Aber die eigentliche Ursache von ökologischer Unvernunft ist ein rücksichtsloses Profitstreben.

Und das ist nach wie vor auch die Ursache einer brutalen Ausbeutung vieler Menschen.

Die Gier wächst wieder in einem globalen Finanzsystem, das kurzfristiger und marktradikaler kaum angelegt sein könnte, Kolleginnen und Kollegen.

Wohin das führen kann, das ist spätestens seit 2007/2008 unter Beweis gestellt.

Der Versuch, ein ungeregeltes und instabiles Weltwirtschaftssystem zu etablieren, das sich allein auf die Kräfte der ungezügelten Märkte beruft, wird scheitern.

Denn Rendite ohne soziale Verantwortung und ökologische Vernunft, das ruiniert langfristig die Lebensgrundlagen.

- Die Zukunft der Menschheit braucht andere Leitbilder als entfesselte und enthemmte Marktkräfte.
- Die Welt braucht neue Regeln und eine neue Ordnung.

Und daran müssten auch diejenigen ein wohlverstandenes Eigeninteresse haben, die auf Dauer Geld verdienen wollen den globalen Märkten.

Wer von den Vorteilen der Globalisierung langfristig profitieren will, der muss wissen:

- Die wilde Party nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist zu Ende.

Der Kater danach mag wehtun, doch der geht wieder.  
Echte Sucht führt zu ernsten Folgen.

Aber wenn wir nicht in Protektionismus, Separatismus, Nationalismus und schlimmstenfalls in Kriege schlendern wollen, dann ist es nun an der Zeit, die Globalisierung neu zu definieren und neu zu formatieren.

Die Zeit ist reif umzudenken und das politische wie wirtschaftliche Handeln neu zu orientieren.

Und das, Kolleginnen und Kollegen, muss in **Europa** beginnen.

Wir wollen ein starkes Europa, das starke Impulse setzt für eine Weltökonomie mit sozialer Verantwortung und ökologischer Vernunft.

Wir wollen ein Europa, das zurückkehrt zu Wachstum, sozialem Ausgleich und Solidarität.

Das ist umso dringender, weil von den USA unter Donald Trump keinerlei Beiträge auf dem Weg zu einer ausbalancierten Weltwirtschaft zu erwarten sind.

Umso mehr muss Europa ein neues Leitbild entwickeln und Maßstäbe setzen, an denen sich andere ausrichten können.

Aber das erfordert erst einmal, die sehr effektiven Marktradikalen zurückzudrängen, die schon zu lange in der Europäischen Union den Ton vorgeben.

Unter dem Druck der Sparpolitik hat ein Großteil der EU-Länder einen harten Sozialabbau erfahren, meist verbunden mit dem Verlust an Arbeitnehmerrechten und gewerkschaftlichen Einfluss.

Auch in dieser Politik ist der Brexit begründet.

Einseitige Sparpolitik und perspektivloser Sozialabbau spalten und treiben und Länder und Gesellschaften auseinander.

Aber wenn mich nicht alles täuscht, dann ist jetzt die Chance dafür einen Kurswechsel.

Es wird wieder diskutiert über die richtige Orientierung von Wirtschaft und Politik in Europa.

Vorschläge dazu haben zuletzt Kommissions-Präsident Juncker und auch Frankreichs Präsident Macron entwickelt und vorgestellt.

Man muss nicht mit allem einverstanden sein. Wir sehen auch, was in Frankreich los ist.

Aber wir erwarten, dass die deutsche Politik zumindest aufgreift und unterstützt, was unmittelbar einleuchtend ist.

- Zum Beispiel die längst überfällige Finanztransaktionssteuer und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte.
- Zum Beispiel eine Mindestbesteuerung von Unternehmen, um Steuerdumping vorzubeugen.
- Zum Beispiel eine konzertierte Aktion gegen Steueroasen und Steuerflucht in der EU.

Wenn Apple, das wertvollste Unternehmen der Welt, es schafft, im Jahr 2014 seine Steuerlast in Europa auf 0,005 Prozent zu drücken, dann ist klar:

- So kann das auf keinen Fall weitergehen, Kolleginnen und Kollegen!
- Wer solch krasse Verzerrungen möglich macht, wer nichts tut gegen so grundlegende Verstöße gegen jedes Gefühl von Gerechtigkeit und Anstand, der darf sich nicht wundern, wenn dann zu Recht der Widerstand gegen die Globalisierung wächst.

Große Digitalunternehmen, die in Europa Geld verdienen, müssen ohne Ausnahme angemessene Steuern zahlen, wie jeder andere auch.

Ein fairer Standortwettbewerb in der EU ist ok.

Aber ein Wettlauf um die niedrigsten Steuer-, Sozial- und Umweltstandards ist schlicht zerstörerisch.

Wenn die EU so etwas zulässt, dann wird sie langfristig nicht nur an Akzeptanz verlieren, sondern sich selbst infrage stellen.

- Darum treten wir für ein starkes und soziales Europa ein, das Lohn- und Steuerdumping bekämpft.
- Und darum wollen wir auch, dass Deutschland als Teil der Europäischen Union von fairen internationalen Handelsabkommen profitiert.
- Wir treten für ein Europa ein, in dem die sozialen Grundrechte der Beschäftigten Vorrang haben vor den Freiheiten des Binnenmarktes.
- Darum muss der Europäische Sozialgipfel nächsten Monat ein klares Zeichen setzen für eine verbindliche Stärkung der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Wir wollen starke Betriebsräte in Europa.

Um es klar zu sagen:

Wir wollen mehr Mitbestimmung in Europa.

Wir wollen, dass Europa dieses Ziel tatkräftig unterstützt und nicht untergräbt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Europa ist der Schlüssel für eine gute Zukunft.

Aber dafür brauchen wir auch ein besseres Europa.

Auch Deutschland sollte dazu mit neuen Ideen beitragen.

Deshalb habe ich beispielsweise der Bundeskanzlerin vorgeschlagen, dass wir nicht nur einmal im Jahr in Meseberg nationale Sozialpartnergespräche führen sollten.

Es wäre sicher ein gutes Signal, die bisherigen deutsch-französischen Regierungskonsultationen um ein gemeinsames Treffen mit den Spitzen der jeweiligen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbände zu erweitern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

den Fehlentwicklungen der Globalisierung werden wir am Ende nur mit einer starken **Gewerkschaftsbewegung** wirksam begegnen, möglichst weltweit, auf jeden Fall aber in Europa.

Mit einer Gewerkschaftsbewegung,

- die Zusammenhänge herstellt zwischen Wirtschaft und Gesellschaft,
- die das Heute mit dem Morgen verbindet,
- die fairen Wettbewerb und politische Gestaltung zusammenbringt.

Es ist eine Illusion zu glauben, ungezügelter Märkte würden per se das Richtige, das Vernünftige, das Zukunftsfähige produzieren.

Und genauso fehlgeleitet ist es zu glauben, eine staatlich gelenkte Wirtschaft sei dazu besser in der Lage.

Nur im täglichen Kampf um die Balance zwischen marktwirtschaftlicher Dynamik und organisierter Solidarität besteht die Chance, die sozialen und ökologischen Herausforderungen dieser Welt zu gestalten.

Mit Innovation, Verantwortung und Zusammenarbeit.

Weil wir aus guter eigener Erfahrung wissen, wie erfolgreich das sein kann.

Und als erstes brauchen wir dazu mehr gewerkschaftspolitische Initiative in Europa.

Das ist auch unsere Verantwortung, auch die Verantwortung der starken deutschen Gewerkschaften.

Und darum werden wir als IG BCE unsere politische Interessenvertretung ausbauen, um auch in Brüssel als wichtiger Player präsenter zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In Deutschland sind unsere Branchen stark von global agierenden Unternehmen geprägt.

Das sind die Unternehmen, in denen wir zumeist auch besonders stark sind.

Diese Stärken wollen wir nutzen, um auch stärker zu gestalten, was sich jenseits unserer Grenzen abspielt.

Wir werden uns deshalb künftig entlang der globalen Lieferketten stärker gewerkschaftlich engagieren und für Transparenz sorgen.

Und das bedeutet insbesondere, dass wir unseren Einfluss nutzen werden, damit in den international agierenden Unternehmen und ihren Zulieferern vergleichbare Standards gelten.

Denn Sozialpartnerschaft ist für uns eine grundsätzliche Unternehmenskultur, die alle Beschäftigten und Standorte einschließt.

Und deshalb werden wir von den Arbeitgebern auch eine Europäisierung und eine Globalisierung der Mitbestimmung einfordern, Kolleginnen und Kollegen.

Unsere deutschen Multis müssen verstehen, dass sie mit einer vorbildlichen sozialpartnerschaftlichen Kultur weltweit für ein wachsendes Vertrauen in eine zivilisierte Marktwirtschaft sorgen können.

Darüber hinaus werden wir die internationale Kooperation zwischen den Gewerkschaften verbessern.

Vor allem und zuerst in Europa.

Über das Beispiel unserer Allianz mit den französischen Freunden von der CFDT haben wir am Montag bereits berichtet.

Die deutsch-französische Kooperation muss wieder wichtiger werden für die Erneuerung Europas und die Gestaltung der Globalisierung.

Wir werden neben dieser gewerkschaftspolitischen Kooperation dafür sorgen, dass in den Grenzgebieten gewerkschaftliche Doppelmitgliedschaften möglich sind.

Auch den Jugendaustausch mit unseren französischen Nachbarn werden wir intensivieren.

Das wird nicht die einzige Kooperation dieser Art bleiben.

Wir werden auch den sozialen Dialog mit unseren Arbeitgeberverbänden auf europäischer Ebene intensivieren.

Dazu gehört, das Nachhaltigkeitsverständnis nach Europa zu bringen, das wir mit dem BAVC und dem VCI in der Initiative Chemie<sup>3</sup> gemeinsam entwickelt haben.

Einschließlich der Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit – von der Tarifbindung über die Ausbildungsquote bis zur Mitbestimmung.

Das kann ein wichtiger, beispielhafter Anstoß für einen europäischen Kurswechsel in Köpfen, Konzepten und Kultur sein.

Das ist unser Angebot, die ausschließliche Marktorientierung durch eine bessere und tragfähige Entwicklungsstrategie zu ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

natürlich sind die vielen Probleme Europas nur dann entscheidend zu verringern, wenn wir über zusätzliches Wachstum die Arbeitslosigkeit abbauen.

Das setzt eine Modernisierungsstrategie und Zukunftsinvestitionen voraus.

- In der Digitalisierung.
- In der Mobilität.
- In der Energieversorgung.

Das sind die Felder, auf denen wir auch in Deutschland Handlungsbedarf haben.

Und auf allen drei Feldern stoßen ausschließlich nationale Anstrengungen schnell an ganz praktische Grenzen.

Was nützt ein ausgebautes Netz an Ladestationen für Elektroautos in Deutschland, wenn die Urlaubsfahrt in Aachen, Flensburg oder Mühlhausen endet, weil ab da nicht mehr nachgezapft werden kann?

Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

Aber ich denke, eines ist bereits klar geworden:

- Die globalen Märkte brauchen mehr Regeln und Gestaltung.
- Auch deshalb müssen wir uns mehr um Europa kümmern.
- Ohne uns Gewerkschaften wird weder in Europa noch weltweit irgendetwas besser, im Gegenteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Globalisierung und Europa beschäftigen uns natürlich, weil unsere Vorstellung von Solidarität nicht an nationalen Grenzen endet.

Aber es geht dabei auch um unsere eigene Zukunft in **Deutschland**.

In unseren Branchen muss man schon sehr suchen, wenn man ein Unternehmen finden will, das nicht im internationalen Wettbewerb steht.

Genau darum haben wir auch ein Programm für Betriebsräte globaler Unternehmen entwickelt, um sie zu Globalisierungsexperten auszubilden.

Wir kennen die Spielregeln der Globalisierung aus eigener Erfahrung.

Lasst mich darum zur Debatte um die deutschen Exportüberschüsse eines sagen: Unsere Exporterfolge sind erarbeitet und verdient in einem harten Wettbewerb mit Konkurrenten, die keineswegs immer fair spielen.

- Chinesische Staatskonzerne
- Russische Oligarchen
- Die subventionierten Fabriken der Öl-Scheichs

Das ist ganz oft kein Wettbewerb nach den Regeln der reinen Volkswirtschaftslehre.

Aber der Vorwurf zum Beispiel aus Europa, wir hätten den Vorsprung durch Lohnzurückhaltung erschlichen ist schlicht absurd.

Eins ist klar: Deutschlands Lohnquote sinkt aufgrund prekärer Beschäftigung und der Erosion des Flächentarif. Aber nicht aufgrund Lohnzurückhaltung in unseren Industrien.

Unsere Kolleginnen und Kollegen schaffen das.

Aber sie spüren auch an jedem einzelnen Arbeitstag den enormen Leistungsdruck.

- Viele sind an der Grenze der Belastbarkeit.
- Manche schon darüber hinaus.

Wir werden nicht zulassen, dass unsere Leute jetzt auch noch verantwortlich sein sollen für Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft.

Wir haben uns für gar nichts zu entschuldigen, Kolleginnen und Kollegen!

- Deutschland ist Export-Weltmeister, weil wir eine starke Industrie mit Top-Mannschaften haben.
- Deshalb gibt es ein Rekordniveau an Beschäftigung und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.
- Deshalb sind die Steuer- und Sozialkassen prall gefüllt.

Im Umkehrschluss bedeutet das:

- Wer Industrie und Export begrenzen will, der legt Dynamit an die Grundlagen von Arbeit, Wachstum und Wohlstand in Deutschland.



Dann ist im Übrigen auch ganz schnell Schluss mit allen weitreichenden Ambitionen beim Umwelt- und Klimaschutz.

Das klappt nämlich nur in einer erfolgreichen und leistungsstarken Industriegesellschaft.

Sehr ernst nehmen sollten wir dagegen die Hinweise aus vielen internationalen Institutionen, von der OEDC bis zur EZB und der Weltbank.

Dort heißt es übereinstimmend: Deutschland bleibt unter seinen konjunkturellen Möglichkeiten.

Und das ist so richtig wie wahr. Wir fahren auf Verschleiß.

Das schadet nicht nur uns selbst, sondern schwächt auch die Dynamik der deutschen Konjunkturlok in Europa.

In fast all unseren Branchen sind die Investitionen niedriger als die Abschreibungen.

Das wussten wir schon vor der Fratzscher-Kommission.

Aber die hat den Investitionsstau nun auch noch einmal regierungsamtlich bestätigt.

Wir müssen sehr aufpassen, in der Selbstgefälligkeit des deutschen Erfolges nicht zukunftsblind zu werden.

- Die Investitionsschwäche von heute ist die Wachstumsdelle von morgen.
- Es gäbe in Deutschland wie auf europäischer Ebene viele Möglichkeiten, Zukunftsinvestitionen zu entfachen.

Dazu gleich mehr.

Lasst mich zuvor noch einige Worte dazu sagen, dass wir nicht nur unsere Industrie auf Verschleiß fahren.

Auch das soziale Deutschland hat höhere Abschreibung als Investitionen.

- Ob Schulen oder Straßen, der Investitionsstau, insbesondere in der öffentlichen Infrastruktur, ist offenkundig.
- Immer noch schicken wir Jahr für Jahr zehntausende junge Menschen ohne Schulabschluss in eine perspektivlose Hartz-IV-Karriere.
- In der Pflege ist nach wie vor vieles im Argen.
- Das Gesundheitssystem unterscheidet immer stärker zwischen Privat- und Kassenpatient.

- Wer den Lebensstandard im Alter sichern will, kann sich immer weniger allein auf die Rente verlassen.
- Und die wachsende Ungleichheit unterminiert die Werte und die Stabilität unserer Gesellschaft

Natürlich haben wir Gewerkschaften für sehr viel für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan.

Gerade auch in unseren Branchen.

- Trotzdem gibt es Armut und Arbeitslosigkeit in unserem reichen Land.
- Trotzdem sehen Hunderttausende keine Chance, jemals aus prekären Arbeits- und Lebensbedingungen irgendwie mal rauszukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist zutiefst empörend.

Das lässt kein Gewerkschafter-Herz kalt.

Und deshalb sind sich auch alle Gewerkschaften im DGB vollkommen einig:

- Wir werden uns niemals mit prekären Bedingungen abfinden.
- Weder in der Arbeitswelt noch in der Gesellschaft insgesamt.

In der Chemie beispielsweise brauchen wir den Mindestlohn nicht unbedingt.

Aber das ist eben bei den Kolleginnen und Kollegen der IG BAU ganz anders - und auch ein großes Thema auf ihrem Gewerkschaftskongress.

Trotzdem bleibt der Mindestlohn soziale Notwehr.

Als einen Versuch sozialer Notwehr verstehe ich auch das so genannte bedingungslose Grundeinkommen.

Es macht mich schon sehr nachdenklich, dass ausgerechnet viele Manager und Marktliberale zu den Unterstützern dieser Idee zählen.

Mein Eindruck ist: Das bedingungslose Grundeinkommen ist nur ein netteres Wort für eine Art Stilllegungsprämie.

- Für alle, die durch den Rost gefallen sind.
- Die in der modernen, hoch produktiven Arbeitswelt keinen Platz finden.
- Für alle, um die man sich nicht mehr kümmern will.

Das Leitbild der IG BCE ist es jedenfalls nicht, Millionen von Menschen in die Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen zu bringen.

Wir wollen sie da rausholen.

Und sie stattdessen reinbringen in gute Arbeit, mit einem guten Einkommen, mit Sinn und Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit Diskussionen über Mindestlohn und Grundeinkommen keinen entscheidenden Schritt weiter kommen und kein soziales Problem in unserem Land wirklich lösen werden.

Wir brauchen stattdessen eine neue Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht. Eine solche Übereinkunft zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften ist dringend notwendig, wenn wir der sozialen und politischen Destabilisierung des Kampf ansagen endlich Schluss mit den ständigen, kraftzehrenden Auseinandersetzungen um das Niveau irgendwelcher Mindeststandards machen wollen.

Ob beim Lohn oder später bei der Rente, das Mindestmaß wird immer zu niedrig sein für ein gutes Leben.

Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann werden die nächsten Jahre von immer wiederkehrenden Diskussionen um die gleiche Frage gekennzeichnet sein:

- Wie reagieren wir auf die höheren Renten-, Gesundheits- und Pflegekosten?
- Indem wir Leistungen kürzen?
- Oder indem wir die Beiträge erhöhen?

Eine soziale Gesellschaft muss sich aber gar nicht auf diese Alternative einlassen.

Die IG BCE schlägt einen besseren Weg vor. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen brauchen wir zeitlich begrenzt, aber finanzpolitisch verlässlich mehr Steuergeld, um den demographischen Wandel gestaltbar zu machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Thema für eines der nächsten Gespräche in Meseberg auf der Tagesordnung steht.

Ja, es wird uns als Gesellschaft etwas kosten, aber der demographische Wandel ist auch eine ungewöhnliche Herausforderung – und dennoch finanzierbar.

Dann nämlich, wenn der Staat durch die Sozialpartner Entlastung erfährt.

- Die Verantwortung für gute Löhne,
- für ordentliche Beiträge in die Sozialkassen,
- für ein ordentliches Niveau an sozialer Absicherung muss wieder dahin, wo sie hingehört.
- In die tarifliche Gestaltung durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

Das war über die Jahrzehnte die Grundbedingung für ein lohnabhängiges Sozialsystem, im Übrigen in Selbstverwaltung durch die Sozialpartner.

Auch dieses gute System leidet heute unter der schwindenden Bindungskraft von Tarifverträgen.

Wir haben mit der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden darüber in Meseberg gesprochen und uns grundsätzlich verständigt, dass es im Interesse aller wäre, die Tarifautonomie wieder zu stärken.

Ein Ergebnis dessen war das wichtige Gesetz zur Tarifeinheit.

Darüber hinaus gab es allerdings nur halbherzige Ansätze, die Attraktivität von Tarifverträgen politisch zu fördern.

Für uns bleibt das auf der Tagesordnung, unabhängig davon wie sich eine neue Bundesregierung zusammensetzt.

Die IG BCE ist jederzeit zu Gesprächen bereit, wenn es darum geht, einen stabilen Rahmen für die Gestaltung der großen sozialen Aufgaben zu schaffen,

wenn es darum geht, einen über eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Sozialpartnern und dem Staat zu reden.

Unabhängig davon werden wir nicht akzeptieren, dass nur noch ein Teil der Arbeitsgesellschaft durch Ordnung und Sicherheit, durch Tarif und Mitbestimmung geprägt ist.

Dagegen werden wir uns mit aller Kraft wehren.

Denn ohne Tarifverträge ist alles schlechter:

- die Löhne und Gehälter,
- die gerechte Verteilung der Einkommen,
- die Arbeitsbedingungen,
- Qualifizierung, Ausbildung.

Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes, ja, die soziale Spaltung unserer Gesellschaft beginnt da, wo die Tarifbindung endet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Darum müssen sich Arbeitgeber und Politik grundsätzlich entscheiden, was ihre Vision für eine zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft ist:

- Soll eine gerechte Wohlstandsverteilung zukünftig vor allem über Umverteilung und den Sozialstaat hergestellt werden?
- Oder bleiben wir nah an den Branchen, nah an Unternehmen, nah an den Beschäftigten?

Das geht dann nur über ein stabiles Tarifsystem.

Ich will, dass sich der Staat da soweit wie möglich heraushält. Wir können das besser, flexibler und passgenauer.

Deshalb muss die Förderung der Tarifbindung in Zukunft ein zentrales Ziel werden. Von uns, den Arbeitgebern, aber auch der Politik.

Es muss spürbarer und erkennbarer werden, wer sich an der Gestaltung einer Sozialen Wirtschaft durch Tarifbindung beteiligt und wer nicht.

- Tarifbindung sollte zum Beispiel in der staatlichen Wirtschaftsförderung ein zwingender Indikator sein.
- Die IG BCE unterstützt wie fast alle Parteien auch eine steuerliche Forschungsförderung.  
Aber beschränkt auf Unternehmen, die tarifgebunden sind und in denen es Mitbestimmung gibt.
- Wir sind auch für Investitionshilfen, damit sich kleine und mittelständische Unternehmen auf die Digitalisierung vorbereiten können.  
Aber wenn wir schon Steuergelder der Beschäftigten dafür einsetzen, dann nur mit Tarif und Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Grundgesetz weist den Sozialpartnern eine besondere Rolle zu.

Jetzt sind wir an einem Punkt bei der Tarifbindung angelangt, wo alle Farbe bekennen müssen.

Wir erwarten ein solches Bekenntnis darum auch von den Arbeitgebern und der Politik.

Wenn Arbeitgeberverbände Tariffucht tolerieren und auch Mitgliedsunternehmen organisieren, die sich nicht mehr der Tarifbindung unterwerfen, dann muss man Fragen stellen:

- Was unterscheidet solche Verbände noch von einem Anwaltsbüro?
- Wird das der privilegierten Rolle aus dem Grundgesetz noch gerecht werden?

Wir werden dazu ein umfangreiches Rechtsgutachten bei der Hans-Böckler-Stiftung anregen. Unsere Juristen sehen zumindest Indizien dafür, dass das Vorgehen der Arbeitgeberverbände ihre Stellung nach Artikel 9 des Grundgesetzes gefährden könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie weit wir bei solchen Themen kommen, das hängt natürlich sehr davon ab, welche **Politik** die künftige **Bundesregierung** verfolgen wird.

Vielleicht erhalten wir ja schon morgen einige erste Antworten aus der möglichen Jamaika-Koalition.

Eine zentrale Aufgabe der künftigen Regierung wird es sein, das Land wieder zusammenzuführen.

Es wäre sicher angebracht, wenn die künftige Bundesregierung dazu einen Dialog der Demokraten jenseits aller Lager anbieten würde.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, Antworten auf die Entwicklung am rechten Rand zu finden.

- Wir werden unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit entsprechend ausweiten.
- Gemeinsam mit unserer Jugend gezielte Projekte in besonders relevanten Regionen durchführen.
- Wir werden in unsere Organisation, diejenigen Regionen, die vom Rechtspopulismus besonders betroffen sind, stärker vernetzen, den Erfahrungsaustausch fördern und sie mit Beratung unterstützen.
- Ich werde auch anregen, dass wir im Kontext von IndustriAll ebenfalls solche Netzwerke aufbauen und entsprechend internationale Erfahrungen austauschen.

Wir sind Teil der demokratischen Kultur und Willensbildung, das verstehen wir auch als Verpflichtung gegenüber unserer Gesellschaft.

In diesem Sinne sind wir ebenfalls gerne bereit mitzuwirken, wenn die Bundesregierung tatsächlich die großen Themen und Herausforderungen angehen sollte, die es zu bewältigen gilt.

Ich bin überzeugt, dass diese Antworten nur in einem Zukunftspakt gefunden werden können, in dem sich auch die Gewerkschaften und unsere IG BCE einbringen können.

- Zur Globalisierung und Europa,
- zur Bedeutung der Gewerkschaften und der Tarifbindung für die wirtschaftliche und soziale Stabilität Deutschlands,
- zu einer neuen Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht habe ich bereits etwas gesagt.

Darüber hinaus stellen sich der Politik und der neuen Bundesregierung – aber auch uns als IG BCE – vier weitere große Zukunftsaufgaben:

1. eine neue Gemeinsamkeit in der Gesellschaft schaffen, die Hand in Hand mit einer Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Weil die Beschäftigten mit ihren Wünschen und Sorgen schon zu lange von der Politik allein gelassen werden.

2. eine neue Investitionsstrategie und Mobilitätsoffensive, die in Deutschland und Europa Beschäftigung und Wachstumschancen fördert statt infrage stellt

3. eine Strategie für die großen ungelösten Probleme der Energiewende. Weil ein Weiter-So unmittelbar in die Sackgasse führt.
4. eine umfassende Strategie und Aufstellung zur Digitalisierung und der Zukunft der Arbeit, wiederum in Deutschland und Europa.

Kommen wir zum ersten, einer Politik für Arbeitnehmer und eine neue Gemeinsamkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin davon überzeugt:

- Eine kluge, sozialpartnerschaftliche Gestaltung der Wirtschaft,
- der Ausbau von Tarif und Mitbestimmung,
- eine ambitionierte, soziale Investitionspolitik des Staates

Das zusammen kann ein Weg sein, verloren gegangenes Vertrauen in politisches Handeln wiederherzustellen.

Das kann ein Weg sein für neue Gemeinsamkeit in unserer Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft zu neuer Gemeinsamkeit zu führen, das wird die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesregierung sein.

Das Wahlergebnis ist ein Beleg dafür, was doch viele von uns spüren: die Gesellschaft treibt auseinander.

Und gleichzeitig gilt auch:

Der Wunsch der Menschen,

- nach einem Hort der Sicherheit,
- nach einem Platz, wo man sich nicht erklären muss,
- nach Heimat,
- nach einem sozialen Miteinander in der Gesellschaft, dieser Wunsch ist ungebrochen.

Darum sind das Zersplittern des Parteiensystems und der Rückzug in politische, soziale, kulturelle Nischen ein Symptom.

Die Menschen suchen vielmehr nach Heimat und Geborgenheit. Und viele scheinen das gegenwärtig nur in der Abgrenzung zu anderen zu finden.

Das Paradoxe ist:

- Die Menschen suchen nach Gemeinsamkeit. Aber die Gesellschaft strebt auseinander.

- Der Wunsch nach Miteinander und Solidarität ist groß. Trotzdem wächst ein Gegeneinander.

Die neue Regierung muss sich darum kümmern, dass sich diese Gräben nicht weiter vertiefen.

Wir müssen wieder alle zusammen an einer sozialen Gesellschaft arbeiten, die die Menschen wieder dazu motiviert, aus ihrer Nische zu kommen.

Was meine ich damit, liebe Kolleginnen und Kollegen?

In einer komplexer werdenden Gesellschaft ist Politik immer in Versuchung, einzelne Interessengruppen mit Einzellösungen zu bedienen.

Für jeden etwas ist aber etwas anderes als eine Politik für alle.

Die Politik muss sich wieder der schwierigen Aufgabe stellen, konzeptionelle Politik für alle zu machen.

Leitbild: Politik für eine soziale Gesellschaft.

- Eine soziale Gesellschaft kümmert sich um ihre Kinder. Sie ermöglicht ihnen eine Kindheit ohne Armut und sorgt mit gleichen Bildungschancen für einen gelungenen Start in ins Leben.
- Eine soziale Gesellschaft sorgt dafür, dass Menschen selbstbestimmt leben können, dass sie durch gute Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, sich Träume erfüllen können und dabei nicht verschlissen werden.
- Eine soziale Gesellschaft kümmert sich auch um Sicherheit und Würde im Alter. Durch gute Pflege und gute Renten.
- Eine soziale Gesellschaft investiert in die Menschen. Sie investiert in Teilhabe, in Sicherheit und in die Wahrung der Würde eines jedes einzelnen. Sie kümmert sich um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, im Alltag wie im Betrieb.
- Eine soziale Gesellschaft kümmert sich um Diversität, kämpft gegen Diskriminierung und engagiert sich für echte Gleichstellung.

Unser Land hat alle Möglichkeiten, eine solche Gesellschaft zu sein.

Dieses Potenzial hat die Politik vernachlässigt. Das muss sich ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Konjunktur in Deutschland läuft weiterhin auf einem stabil guten Niveau und sorgt für eine gute Situation der öffentlichen Haushalte.

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2017 voraussichtlich auf über 730 Milliarden Euro steigen.



Bis zum Jahr 2021 erwarten die Steuerschätzer einen Zuwachs auf über 850 Milliarden Euro.

Es ist also genug Geld da, mehr in die Menschen dieses Landes zu investieren.

Wir brauchen vor allem ein Signal an die Arbeitnehmerfamilien, die alles selber stemmen müssen und kaum über die Runden kommen.

Die sich quasi am Existenzminimum der Primärverteilung bewegen.

- Die Kinder haben,
- die Steuern zahlen,
- die voll für Kita-Gebühren, Sportverein und was noch dazu kommt, aufkommen müssen,
- die hohe Mieten zahlen,
- die jeden Tag weite Strecken pendeln.

Und die am Ende des Monats doch nur knapp über den Grenzen liegen, ab denen unser Sozialstaat unterstützt.

Wir müssen also für diejenigen etwas tun, auf deren Schultern der meiste Druck lastet und die damit heute sehr allein gelassen werden.

Die Leistungsträger aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft darf man nicht als Lastenträger der Gesellschaft ausnutzen.

Das heißt für uns beispielsweise kostenlose Bildung und ein Recht auf Ganztagsbetreuung.

Einen hohen Stellenwert von Bildung vermittelt man im Übrigen auch nicht in Schulen, die verwarlosen.

Wir können und müssen aber auch die finanziellen Spielräume der Familien selbst erweitern.

Mit dem klaren Ziel von mehr Freiheit, das eigene Leben zu gestalten.

Persönliche Freiheit, die durch eine soziale Politik in einer solidarischen Gesellschaft ermöglicht wird.

Wir fordern darum eine nennenswerte steuerliche Entlastung für die Arbeitnehmermitte in Deutschland.

Durch eine umfassende Reform des Einkommensteuertarifs sollten die kalte Progression und der sogenannten „Mittelstandsbauch“ nachhaltig beseitigt werden.

Wir müssen aber auch etwas auf der Ausgabenseite der Leute tun.

Für viele Familien sind die explodierenden Mieten mittlerweile zu einem echten Sorgenfaktor geworden.

Gerade in den Städten.

Steigende Wohnkosten und immer längeres Pendeln setzen die Familien finanziell erheblich unter Druck und belasten ihren Alltag.

Hier muss die neue Regierung massiv gegensteuern und investieren.

- Wir müssen Familien bei den Kosten entlasten, zum Beispiel mit Eigenkapitalzuschüssen beim Erwerb von Wohneigentum.
- Wir müssen aber auch das Angebot an Wohnraum erweitern, etwa durch die Förderung von preisgünstigem Wohnraum in den Ballungsgebieten.
- Wir brauchen auch eine Wiederbelebung genossenschaftlicher Konzepte, um auch im Mietwohnungsmarkt das preisgünstige Wohnen als wichtigen Teil der Alterssicherung neu in den Fokus zu nehmen.

Wir brauchen endlich ein wirksames Programm für eine echte Trendwende auf dem Wohnungsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viele Familien sind heute sehr verunsichert, was im Alter auf sie zukommt.

Da wäre ein Signal für die Verlässlichkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Rentensystems dringend geboten.

Das heißt für uns: mindestens Stabilisierung des jetzigen Rentenniveaus, also wenigstens 48 Prozent.

Wie man das in eine neue Übereinkunft für eine stabile Mittelschicht einbetten und verwirklichen kann, dazu habe ich bereits etwas gesagt, Kolleginnen und Kollegen.

Eine Politik für neue Gemeinsamkeit verlangt nicht nur in der Alterssicherung nach mehr Sachlichkeit, mehr Abwägung und mehr Kompromissbereitschaft.

Das ist auch gerade dann gefragt, wenn es um die industrielle Basis und damit um den Kern des deutschen Wohlstandes geht.

Die deutsche Industrie steht unter einem enormen Handlungs- und Wandlungsdruck.

Globaler Wettbewerb und technologischer Wandel führen in den Unternehmen zu weiterer Rationalisierung und Effizienzsteigerung.

Hinzu kommt der politisch ausgelöste Druck durch die internationale und nationale Klimapolitik.

Die IG BCE steht zu den in Paris vereinbarten Klimazielen. Ohne Wenn und Aber.

Es ist die Politik in Deutschland, die dem nicht gerecht wird. Mit fatalen Folgen.

- Seit Jahren bereits bauen die Energieversorger gute Arbeitsplätze mit Tarif und Mitbestimmung ab.

- Einst starke Unternehmen von Weltgeltung gehen von einer Umstrukturierung in die nächste, ohne eine neue, halbwegs gesicherte Zukunftsperspektive.
- Weniger sichtbar, aber mit schwerwiegenden Folgen verbunden ist der stille Investitionsstopp, mit dem die energieintensive Industrie auf die unklaren Zukunftsbedingungen in Deutschland reagiert.

Alles in allem ist die Energiewende in einer dramatischen Schiefelage, Kolleginnen und Kollegen.

- Sie ist teuer,
- sie kostet Arbeitsplätze und
- sie erreicht ihre Ziele nicht.

Diese Entwicklung ist dramatisch, weil wir in der Energiewende noch deutlich mehr Wegstrecke vor uns haben, als wir bereits gegangen sind.

Und auf diesem Weg brauchen wir ganz bestimmt keine neuen Unsicherheiten und Belastungen für die Stromerzeugung aus der Kohle.

Es gibt eine klare Zielsetzung: Bis zur Mitte des Jahrhunderts soll die Energieerzeugung weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral erfolgen.

Bis dahin werden die Braunkohletagebaue ebenso weitgehend auslaufen.

Gleichwohl fahren NGOs und auch Teile der Politik eine hysterische Kampagne gegen die Kohle nach der anderen.

Es gibt durchaus Befürchtungen, dass unsere Leute in den Revieren die Hochzeitsfeier von Jamaika bezahlen sollen.

Aber ich sage Euch: Wer seine Hochzeit auf dem Rücken anderer plant, für den gibt's dann keine Flitterwochen.

Wir müssen uns nicht nachsagen lassen, wir wären nicht konstruktiv.

Schon vor drei Jahren habe ich vorgeschlagen, eine Kohleverstromungs-Gesellschaft zu gründen.

Das wäre ein Schritt, die bis 2050 notwendigen Kraftwerke zu erhalten, zu bezahlen und die konventionelle Erzeugung für die nächsten Jahrzehnte zu optimieren.

Anfang 2016 habe ich eine Stiftungslösung für die Braunkohle vorgeschlagen.

In beiden Fällen hätte es die Möglichkeit gegeben, einen rationalen und sozialverträglichen Anpassungsprozess zu organisieren.

Die Politik wollte von alledem wenig wissen.

Den Schuh der Gestaltungsunwilligkeit müssen wir uns also nicht anziehen.

Der passt anderen besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die IG BCE bleibt bei ihrer klaren Linie:

- Wir wollen eine verlässliche Perspektive für die Reviere im Strukturwandel. Verlässlich heißt auch: ausreichend finanziert.
- Wir wollen gute Arbeit erhalten und einen sozial verantwortlichen Strukturwandel. Und das bedeutet: niemand fällt ins Bergfreie.
- Und wir wollen wettbewerbsfähige und bezahlbare Strompreise für die energieintensive Industrie und für die privaten Stromkunden in Deutschland.

Schon heute ist mit der Energiewende eine enorme Kostenbelastung verbunden.

In einem komplexen und komplizierten System wird das aber gut versteckt und ist zugleich dem politischen Diskurs im Parlament weitgehend entzogen.

Ein Vier-Personen-Haushalt zahlt heute mehr als 100 Euro im Monat für den Strom.

Davon entfällt inzwischen ein Rekord-Anteil von 55 Prozent auf Steuern, Abgaben und Umlagen.

Den größten Posten bildet dabei die EEG-Umlage, Tendenz steigend.

Wir beklagen schon lange, dass die auf den Strompreis aufgeschlagene EEG-Umlage vor allem die einkommensschwächeren Haushalte trifft.

Denn sie wohnen meist zur Miete und haben kaum Einfluss auf ihren Stromverbrauch.

Gleichzeitig können sie sich nicht mal eben von der Umlage befreien, indem sie sich eine Solaranlage aufs Dach setzen.

Deshalb fordern wir ein steuerfinanziertes Modell – und haben damit übrigens auch die Verbraucherzentralen an unserer Seite.

Mir ist bewusst: das ist ein so großes Rad, dass man das vermutlich nur nach und nach zum Laufen bringt.

In der kommenden Legislaturperiode wird sich die Politik aber auch mit dem Thema Versorgungssicherheit befassen müssen.

Das ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Beschäftigung und Wertschöpfung in einer Industrienation.

In Deutschland jedoch geht mehr und mehr sichere Kraftwerksleistung verloren.

Der IG BCE ist wichtig, dass die absehbaren Fehlentwicklungen frühzeitig und ordnungspolitisch sauber korrigiert werden – wenn nötig über technologieoffene Leistungsmärkte.

Das ist auf Dauer effizienter und damit kostengünstiger.

Es ist bereits klar zu erkennen, dass wir in Zukunft eher mehr als weniger Strom brauchen werden.

Wenn man Mobilität und Wohnen ernsthaft in die Energiewende einbezieht, dann wird das den Strombedarf enorm erhöhen – allein schon für Elektroautos oder als Ersatz für heutige Gasheizungen.

Trotzdem wird das nicht zusammengedacht, sondern bleibt Stückwerk.

Darum schlagen wir vor, die Kompetenzen aus den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnungsbau zu einem neuen Energiewende-Ministerium zusammenzuführen.

Ein Energiewende-Ministerium hätte dagegen die Aufgabe und das Potenzial, in einer Gesamtkonzeption die großen Herausforderungen anzupacken, die bislang im unkoordinierten Klein-Klein bestenfalls Stückwerk bleiben.

Und was da noch alles auf uns zukommt, sehen wir ja jeden Tag in Deutschlands wichtigstem Wirtschaftszweig, der Automobilwirtschaft.

Dort steht die gesamte Wertschöpfungskette in ihrer bisherigen Form auf dem Prüfstand.

- Diesel-Gate,
- E-Mobility
- Digitalisierung der Fahrzeuge
- neue, finanzstarke Wettbewerber aus der IT-Branche

Allein im Organisationsbereich der IG BCE trifft das bis zu 200.000 Beschäftigte aus unseren Zuliefererbetrieben.

Daher interessiert es uns natürlich, wenn die Politik von heute auf morgen nachholen will, was bisher vor allem in der Elektromobilität versäumt wurde.

Ich halte nichts davon, rund ums Auto die Fehler zu wiederholen, die wir schon aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kennen.

- Jede Menge Regulierung.
- Aber keine erkennbare langfristige Strategie.
- Über Zielkonflikte wird nicht gesprochen.
- Die Folgen tragen die Beschäftigten und die Verbraucher.

Das kann nicht funktionieren, wenn alle E-Autos bauen, aber niemand Ladesäulen.

Und das klappt erst recht nicht, wenn wir nicht mal eine sichere Stromversorgung garantieren können.

Zwischen den vielen Ankündigungen, wann in Deutschland wie viele Millionen E-Autos fahren, und der Investitionsrealität klappt ein Riesenloch.

Das macht uns Sorgen, weil sich Deutschland vieles leisten kann – nur keine ernste Krise der Automobilbauer und ihrer Zulieferer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben sehr genaue Vorstellungen davon, was jetzt zu tun ist.

Priorität haben:

1. Investitionen. 2. Investitionen. 3. Investitionen.

- In eine neue Infrastruktur für E-Mobility. Damit Deutschland auf diesem Zukunftsmarkt nicht abgehängt wird.
- In Batterie- und Zelltechnologie. Denn ohne dieses Herzstück der Wertschöpfung wird Deutschland kein wettbewerbsfähiger Produzent von Elektrofahrzeugen bleiben.
- In Stromspeicher und Stromnetze. Sonst macht der Ausbau der Erneuerbaren für E-Mobility keinen Sinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Politik wäre aber schlecht beraten, wollte sie ausschließlich auf das Elektromobil setzen.

Das Ding ist vielleicht schon in ein paar Jahren überholt.

Und ein Wechsel nur zur E-Antrieb ist auf Basis der heutigen Technologie auch sehr umweltbelastend in Produktion und Entsorgung.

Deshalb sollten wir gleichzeitig andere Technologien fördern, die möglicherweise mehr Zukunftspotential haben.

Antriebstechnologien rund um Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe beispielsweise.

Auch dann gilt: Ohne Investitionen in eine entsprechende Versorgungsstruktur geht nichts.

Während wir diese neue Mobilitätsinfrastruktur aufbauen, ist es zwingend, alles zu unterlassen, was die Wertschöpfungskette Automobil zusätzlich belastet.

Wir werden noch über Jahrzehnte Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor auf den Straßen haben.

Kümmern wir uns lieber darum, eine wirtschaftliche Krise und soziale Einbrüche zu vermeiden.

Da gibt es genug zu tun in diesem Transformationsprozess.

Deutschland braucht nicht weniger als einen Zukunftspakt für die deutsche Autoindustrie und ihre Zulieferer.

Aber auch das wird nicht reichen.

Denn Mobilität ist keine nationale Frage, sondern mindestens auch ein europäisches Thema.

Die IG BCE fordert darum einen neuen europäischen Strukturfond zur Gestaltung des Strukturwandels im Wertschöpfungscluster „Fahrzeugbau und Zulieferer“.

Dieser Fonds soll Investitionshilfen gewähren, wenn bei technologiegetriebenen Umstrukturierungen die Wertschöpfung im Unternehmen verbleibt.

Er soll Vernetzungen zwischen Unternehmen und Forschung unterstützen und Beschäftigten ermöglichen, das Know-how für die veränderten Produktionssysteme anzupassen.

Die neue Mobilität bietet eine riesige Chance, mit Zukunftsinvestitionen in Deutschland industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu erhalten.

Und wir können das mit einem Modernisierungsprogramm verknüpfen, das in Europa neues Wachstum und Beschäftigungschancen auslöst.

Ich hoffe sehr, dass die neue Bundesregierung diese vielleicht historische Chance einen ökonomischen und sozialen Aufbruchs in Europa nicht verspielt.

Das wäre auch mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz nicht zu verantworten.

Also Finger weg von Ausstiegs- und Verzichtstheorien.  
Das bringt gar nichts außer unnützen Debatten.

Zu den neuen Konflikt- und Gestaltungsfeldern zählt ganz klar auch die **Digitalisierung**.

Allein in den Jahren, die ich nun Vorsitzender der IG BCE bin, hat sich die Zahl der Menschen auf der Welt, die heute Zugang zum Internet haben, praktisch verdoppelt.

Gewinnorientierte, private Kommunikationsplattformen sind bereits zum Verwalter eines Großteils unserer zwischenmenschlichen Kommunikation geworden.

Als private Gesellschaften - mächtig, wirtschaftlich erfolgreich und vollkommen global - versuchen sie, sich dem politischen Einfluss der Staaten zu entziehen.

Und die Digitalisierung gewinnt weiter an Dynamik.

Mit neuer, innovativer Sensorik und mit den Quantensprüngen in der künstlichen Intelligenz stößt die Digitalisierung in neue Sphären vor.

Die Science Fiction meiner Jugend, ist für meine Söhne schon retro.

Diese Dynamik wird unser Leben und unsere Arbeit massiv verändern.

Schon heute zeigt sich der immense Wandel in unserem Alltag.

Neue Geschäftsmodelle erobern und erschaffen neue Märkte.

Uber, das größte Taxiunternehmen der Welt, besitzt kein einziges Taxi.

Und AirBnB, der größte Hotelkonzern, besitzt kein einziges Zimmer.

Unsere persönlichsten Daten, die Koordinaten unseres Lebens, werden zum Wirtschaftsgut.

Was wir kaufen, welche Serien wir sehen, was wir lesen, wohin wir fahren.

Und: wie es uns geht, wie viel wir laufen, wie oft wir Sport treiben und wie hoch unser Blutdruck ist.

Der Einzelne wird immer stärker ausgeleuchtet.

Alles wird analysierbar und damit optimierbar.

Der Druck wird steigen, diese Daten nutzbar zu machen.

Als Gewerkschaft setzen wir auf Solidarität und auf kollektive Regelungen.

Aber es ist nahezu zwangsläufig, dass das Kollektive unter Druck kommt, wenn der Einzelne immer genauer vermessen und ausgeleuchtet wird.

Damit stellten sich auch uns Fragen:

- Wie organisieren wir Solidarität in einer digitalen Gesellschaft?
- Wie schaffen wir Sicherheit für alle und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten für jeden einzelnen?

In einer Wirtschaft in der nicht mehr nur Arbeitgeber Entscheidungen treffen, sondern zunehmend auch Algorithmen.

Diese Fragen zeigen: wir müssen weg von einer Debatte, die nur die Technik in den Mittelpunkt stellt.

Wir müssen den Menschen mit seinen Bedürfnissen, mit seinen Ansprüchen und auch mit seinen Befürchtungen in das Zentrum dieser Zukunftsdebatte holen,



Diskutiert wird viel über Industrie 4.0 und über Arbeit 4.0.

Das ist gut so und es ist zu begrüßen.

Notwendig ist jedoch das wir diese Debatte aus der einseitigen Interessen- und der Technikorientierung herausführen.

Die Digitalisierung ist eine umfassende technische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderung, der wir uns in aller Fundamentalität stellen sollten.

Darum sollte die nächste Bundesregierung einen unabhängigen Nationalen Sachverständigenrat für die digitale Transformation berufen.

Wir brauchen die besten Köpfe, die beste Beratung, die besten Ideen und eine intensivere gesellschaftliche Debatte angesichts der fundamentalen Veränderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch die Gewerkschaften müssen hier mehr tun und wir wollen dabei vorangehen.

Wir werden darum als IG BCE eine große Digitalisierungsoffensive starten, um unsere eigene Kompetenz bei der Gestaltung der Digitalisierung auszubauen.

Und wir wollen mit den Beschäftigten über ihre Bedürfnisse und Befürchtungen stärker ins Gespräch kommen.

Bei dieser Offensive wird es um unsere Digitalkompetenz in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung gehen.

Es wird um gewerkschaftliche Antworten auf die wesentlichen Veränderungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Branchen der IG BCE gehen.

Hierzu werden wir nach dem Kongress eine IG BCE-„Zukunftskommission Digitalisierung“ einsetzen.

Die begleitende Diskussion soll bis tief in die Organisation Wirkung entfalten.

- Durch Dialogveranstaltungen in jedem Bezirk,
- durch Diskussion in den Betrieben und
- durch Befragung der Beschäftigten in unseren Branchen.

Diese Zukunftsdebatte wird ein wichtiger Teil unserer Arbeit auf allen Ebenen in den nächsten Jahren sein.

Die Debatte um die Digitalisierung hat bereits eines erreicht:

In Deutschland wird wieder über die Zukunft der Arbeit diskutiert.  
Und das war bitter nötig.

Allerdings gibt es keinen Grund für eine digitale Hysterie in der Debatte.

Die Zukunft der Arbeit in diesem Land ist gestaltbar.

Wenn man es richtig anpackt.

Um darum halte ich nichts von die Horrorszenarien zur Zukunft unser Arbeitsgesellschaft.

Natürlich wird es Strukturwandel geben.

Die neuen Technologien werden auch zu Rationalisierungen führen.

Gleichzeitig stehen wir aber vor einem echten Fachkräftemangel.

Rein statistisch geht das Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten 15 Jahren um mehr 6 Millionen Menschen zurück.

Warum diskutieren wir dann so eifrig über eine Arbeitsgesellschaft, der angeblich die Arbeit ausgehen wird?

Wir sollten stattdessen die Idee des Erwerbstätigenkontos konkretisieren.

Ein Konto für jeden in unserem Land, von dem jeder im Laufe seines Lebens Gelder für Qualifizierung und die individuelle Weiterentwicklung abrufen kann.

Gerade für junge Beschäftigte, die nicht aus wohlhabenden Familien kommen, wäre das auch ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und Unabhängigkeit.

Wir brauchen einen Pakt für eine moderne, digitale Bildung. Es sind Milliarden notwendig, um Schulen und Berufsschulen auf den Stand der Technik zu bringen.

Es kann doch nicht sein, dass wir junge Menschen auf ein Berufsleben in der digitalen Wirtschaft in analogen Schulen vorbereiten.

Mehr denn je gilt in der Arbeitswelt der Zukunft.

Bildung hört nicht nach der Ausbildung oder dem Studium auf.

Sie muss Begleiterin des Lebensweges sein.

Und wir sollten die Kraft unseres Wohlfahrtsstaates stärker auf die großen Qualifizierungsherausforderungen ausrichten.

- Mit einem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einer Bundesanstalt für Arbeit und Qualifizierung,
- mit einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung und
- mit der Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung.

Wir müssen auch den Betriebsräten die Werkzeuge in die Hand geben, um wirklich Treiber für den Wandel in den Unternehmen zu sein.

Digitalisierung bedeutet Updates im Minutentakt.

Was ist so schwer daran zu verstehen, dass wir die nicht mit einer Mitbestimmung gestalten können, die in der gesamten Nachkriegsgeschichte nur 3 Updates erfahren hat.

- Release 1952
- Release 1972
- Release 2001

In vielen Unternehmen wird noch das lebenslange Lernen angemahnt statt in berufsbegleitendes Lernen zu investieren.

Darum brauchen die Betriebsräte hier endlich ein Initiativrecht im Bereich der Digitalisierung und der Qualifizierung.

Betriebsräte brauchen aber nicht nur neue Rechte.

Sie müssen genauso in der Lage sein, die bestehenden Rechte auch ausüben zu können.

Auch die Politik muss ihren Beitrag leisten.

Wir brauchen beispielsweise endlich ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das die Rechte der Beschäftigten in der neuen Datenökonomie effektiv schützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben eine sehr präzise Vorstellung davon, wie wir die neue **Arbeitswelt** gestalten wollen.

Denn wir können dabei eine Konzeption fortschreiben, die unsere IG BCE schon seit Längerem verfolgt.

Der Ausgangspunkt für unser eigenes gewerkschaftliches Handeln ist immer ein kollektiv vereinbarter Tarifvertrag, der die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten klar definiert.

Innerhalb dieses Schutzraums für alle sind aber einzelne Abweichungen möglich.

Aber niemals willkürlich, sondern Flexibilität ist bei uns immer konditioniert und transparent.

In dieser Tradition steht auch das Potsdamer Modell, mit dem wir die **Arbeitszeit** wieder zu einem Thema gewerkschaftlicher Gestaltung gemacht haben.

Es verbindet tariflichen Schutz mit individueller Wahlfreiheit.

Auf diesem Weg zu mehr Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten wollen wir weiter vorankommen.

Das wird künftig eines der zentralen Themen unserer IG BCE sein.

Wir können uns da noch eine ganze Menge vorstellen.

Vorteilhafte Regelungen für besonders belastete Gruppen beispielsweise, für Schichtarbeiter, Eltern oder Pflegende beispielsweise.

Potsdam war ein guter Einstieg, aber da geht noch mehr, Kolleginnen und Kollegen.

Das passt deshalb so gut, weil diese grundsätzliche Gestaltungslinie durch die Digitalisierung prinzipiell gefördert wird.

Wir sind durchaus bereit zu diskutieren, ob die Digitalisierung neue, noch flexiblere Arbeitsmodelle erfordert.

- Aber dann reden wir auch über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Dann reden wir über eine alterns- und altersgerechte Gestaltung der Arbeit.
- Dann reden wir über Grenzen der Leistungsverdichtung und eine echte Stressbremse.
- Dann reden wir darüber, dass jede Stunde, die gearbeitet wird, auch erfasst und bezahlt wird.

Und damit auch das klar ist:

Nicht alles, was technisch möglich ist und was der Arbeitgeber sich wünscht, muss auch gemacht werden.

Schon gar nicht, wenn es sich dabei um ganz alte Kamellen handelt.

Kapovaz mit App beispielsweise, Ihr kennt das.

Ich kann den Arbeitgebern nur empfehlen, vernünftige Lösungen nicht durch unvernünftige Vorschläge unnötig zu erschweren.

Wenn sie auf der Linie unserer gemeinsamen Tarifinnovationen bleiben, dann wird das was mit der Arbeit 4.0.

- Mit konditionierte Wahlfreiheit und Flexibilität.
- Transparent und mit kollektivem Schutz.

Richtig rund wird das, wenn auch der Gesetzgeber endlich liefert:

- Weg mit den sachgrundlosen Befristungen.
- Her mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Über solche Ansätze moderner Sozialstaatlichkeit sollte man endlich reden, statt die Digitalisierung zum Vorwand für Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe zu Beginn gesagt: Eine neue Qualität an Herausforderungen erfordert auch eine neue Qualität der Antworten darauf.

Das gilt natürlich auch für unsere IG BCE.

Mit unserem Prozess zur Zukunftsgewerkschaft 2020 haben wir uns dieser Aufgabe frühzeitig gestellt.

Wir wollen so bleiben, wie wir sind:

- Eine Gewerkschaft mit der Bereitschaft zur Innovation und mit organisationspolitischer Stärke.
- Eine Gewerkschaft, die aus eigener Kraft gute Arbeit für ihre Mitglieder leistet.

Damit wir diese Kraft und Stärke beibehalten,

- deshalb haben wir den Zukunftsprozess in seiner ganzen Breite aufgelegt.
- deshalb werden wir das tun und das ändern, was dazu notwendig.

Wir sind auf dem Weg zur Zukunftsgewerkschaft 2020 schon gut vorangekommen.

Wir haben die IG BCE

- politisch wie finanziell nachhaltig aufgestellt,
- die Arbeit in den Betrieben und vor Ort gestärkt und
- viele neue und junge Mitglieder für uns gewonnen.

Ich habe darüber am Montag berichtet.

Aber wir sind noch nicht am Ziel, sondern müssen den Zukunftsprozess noch einmal mit Konsequenz und Entschlossenheit aufladen.

Deshalb werden wir vor allem weiter daran arbeiten, unser Mitgliederpotential von einer Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen in einem noch höheren Maße für uns zu gewinnen.

- Mit einer Offensive zur Erschließung neuer Betriebe.
- Mit einer Intensivierung unserer Zielgruppenarbeit.
- Mit einem neuen, zeitgerechten Kommunikations- und Beteiligungskonzept für die gesamte Organisation.

Gleichzeitig werden wir auch unsere Finanzen mit dem Ziel weiter entwickeln, dass wir Mittel frei bekommen für organisationspolitische Zukunftsinitiativen.

- Wir wollen investieren, damit unsere IG BCE jünger, weiblicher und digitaler werden kann.

- Auch der Arbeit an unseren politischen Netzwerken werden in Zukunft eher mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, um mit unseren Themen durchzudringen.
- Deshalb werden wir unter anderem die Präsenz der IG BCE, wie erwähnt in Brüssel, aber auch in Berlin deutlich ausbauen.

Bei einer wachsenden Bedeutung des AT-Bereichs in den Industrieunternehmen und einer sich entwickelnden Start-up-Landschaft, zum Beispiel im Umfeld der Pharmaindustrie, werden wir uns auch darum künftig stärker kümmern.

Weil die Ansprache dieser Beschäftigtengruppen nicht beiläufig erfolgen kann oder vor Ort im Tagesgeschäft einfach nur mitläuft, müssen wir prüfen, ob wir unsere Strukturen nicht deutlicher erweitern sollten.

Ich glaube, um hier wirklich weiter zu kommen, brauchen wir auch Labore in unserer IG BCE, die wie ein gewerkschaftliches Start-up funktionieren und neues Denken in die Organisation bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir reden aber nicht nur über die Zukunft unserer eigenen Gewerkschaft, sondern über die Gewerkschaftsbewegung insgesamt.

Dazu wird im nächsten Jahr nicht zuletzt auf dem **DGB**-Kongress Gelegenheit sein.

Nach meiner Auffassung stehen die deutschen Gewerkschaften vor drei großen Aufgaben.

- Wir müssen in den Betrieben eine starke gestaltende Kraft sein, die von den Beschäftigten als solche auch konkret erlebt wird und die für Sicherheit und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sorgt.
- Wir müssen unsere eigene Organisationsstärke erhöhen und unseren Aktionsradius erweitern.

Das heißt: Mitglieder gewinnen, Betriebe erschließen.

Und wenn es eine Einigung über eine gemeinsame Strategie gibt, dann kann man auch darüber nachdenken, die weißen Flecken auf unserer Mitbestimmungs- und Tariffkarte gemeinsam anzugehen.

- Und wir müssen – drittens - in der Gesellschaft wieder politisch-geistiges Terrain gewinnen, für unsere Idee von Ordnung und Freiheit in einer sich dramatisch wandelnden Arbeitsgesellschaft.

Auch das kann und muss noch viel stärker die Aufgabe des DGB werden.

- So wie wir als Einzelgewerkschaften Geländegewinne in der Betriebserschließung erzielen müssen,

- so muss das dem DGB besser gelingen, Geländegewinne in der politischen Auseinandersetzung um die Zukunft dieser Gesellschaft zu erreichen.

Das ist keine einfache Aufgabe, aber noch haben wir die Kraft dazu.

Ich habe darum unseren Kollegen im DGB den Vorschlag gemacht, dass wir einen umfassenden Zukunftsprozess im DGB einleiten.

Da geht es für mich nicht nur darum, ob wir inhaltlich für die großen Zukunftsfragen bereits ausreichend gewappnet sind, sondern wie wir auch kommunikativ wieder in die Bereiche der Gesellschaft vordringen, in denen wir in den letzten Jahrzehnten Terrain verloren haben.

Wir verfügen durchaus über die Ressourcen für einen solchen Prozess, etwa bei der HBS.

Wir wollen mithelfen, den DGB zum Zentrum einer gesellschaftlichen Modernisierungsdebatte zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2018 ist für uns ein besonderes Jahr.

Es ist das Jahr, in dem die letzten Zechen schließen. Politisch gewollt, aber das ist ganz gewiss nicht besonders klug, das haben wir immer gesagt.

Bei aller Trauer werden wir doch sehr darauf achten, dass die großen gewerkschaftspolitischen Erfolge unserer Kolleginnen und Kollegen im Bergbau nicht in Vergessenheit geraten, sondern in unserer IG BCE weiterleben und sie werden auch in der Gesellschaft insgesamt weiterhin Wirkung zeigen.

Ein Strukturwandel in dieser Größe, der sozial verträglich gestaltet werden konnte, das gibt es nirgendwo sonst – in England nicht, in Frankreich nicht und in den USA schon gar nicht.

Im Bergbau haben wir Maßstäbe gesetzt, die bleiben werden.

Genauso bleiben in unserer Organisation die Tugenden Zusammenhalt, Respekt, Solidarität fest verankert.

Die Kultur des Miteinanders und des Anstands werden unsere IG BCE immer charakterisieren.

Daraus ziehen wir auch die Kraft für neue Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei aller Herausforderung haben wir allen Grund zur Zuversicht und Gelassenheit.

Weil wir unsere IG BCE haben.

Weil wir mit unserer Gewerkschaft ein Erfolgsmodell für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen haben.

- Wir sind nicht so groß, dass wir unsere Beschäftigten, Betriebe und Branchen nicht mehr kennen würden.
- Wir sind aber groß genug, um Gestaltungsmacht und Konfliktfähigkeit aufzubringen.

Unsere IG BCE ist innovativ und oft vorneweg.  
Schnellboote sind eben beweglicher als die großen Tanker.

Wir sollten deshalb selbstbewusst, aber nicht selbstzufrieden sein.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Alltag der Wandel bleiben wird.

Aber das können wir so gut, wie kaum jemand sonst. Packen wir es an.

Ich danke Euch. Glück auf.